

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erfcheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärtig 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.



Nummer 116

Wildbad, Samstag, den 22. Mai 1920.

54. Jahrgang



Ein neuer Geist.

In all den vielen Versammlungen unserer Tage steht im Mittelpunkt des Interesses die Frage: Wie kommen wir aus der Not unserer Zeit heraus? Das Heil wird nicht selten in Maßnahmen unserer Art gesucht. Gar große Hoffnungen setzt man auf allerlei politische und wirtschaftliche Vorschläge.

Pfingsten aber lehrt die alte, ewige Wahrheit: der Geist ist es, der Neues und Großes schafft. Die besten politischen Verhältnisse und die schönste wirtschaftliche Lage vermögen nicht, neue, bessere Menschen zu bilden; sie sind nicht imstande, den Geist der Selbstsucht, der Geldgier und der Unaufrichtigkeit zu überwinden. Ein Gottesgeist muß kommen, der Geist der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Liebe. Der Pfingstgeist allein kann uns aus unserer Not herausheilen, weil nur er uns aus der Schmach unseres natürlichen Menschen herauszureißen vermag und in der Gottesliebe die große Menschenliebe des Nazareners in unsere Herzen pflanzt.

Wie sehnen wir uns alle nach „besseren Zeiten“! Wir wollen nicht erst unsere Staats- und Volkswandlungen abwarten, sondern dem Pfingstgeiste die Tore unserer Herzen weit öffnen. Spüren wir sein Wehen? Er hat auch heute noch die Kraft, neue Menschen zu schaffen, die das Gute wollen und tun. An schönen Ideen und ersten Vorläufen fehlt es heute nicht. Aber wo sind die Früchte? Dem Willen folgt kein Vollbringen. Die Gedanken werden nicht Tat; und den Vorläufen fehlt die Erfüllung. Darum brauchen wir den Pfingstgeist, der unser Wollen mit Kraft erfüllt, der uns stark macht, das Gute und Edle und Reine zu tun.

Möchten wir Pfingsten nicht bloß feiern, sondern erleben, daß in Herz und Haus, in Gemeinde und Welt ein neuer Geist einziehe, Gottes Geist, der heilige Geist, der die Selbstsucht überwindet und in edler Nächstenliebe zum Dienst an den Brüdern treibt. So nur gibt es ein „Aufwärts“ für uns und unser Volk, wenn der Pfingstgeist siegt.

Wochenrundschan.

Am 17. Mai haben die Franzosen den Main-gau nun wirklich wieder geräumt, in den sie am 6. April einfallend gezogen waren. Sie hatten sich damals die Sache wohl etwas anders vorgestellt und träumten von einer langjährigen Besetzung. Wahrscheinlich wäre es auch so gekommen, wenn nicht Lloyd George bei der Besprechung in dem englischen Seebad Hythe, wo er zur Erholung weilte und wohin er den Kollegen Millerand mit einem Stab von „fachverständigen“ Finanzleuten zur Aussprache gebeten hatte, dem französischen Ministerpräsidenten begrifflich gemacht hätte, daß es wirklich nicht länger angehe, dem Friedensvertrag und allem Völkerrecht zum Hohn die Besetzung länger zu erhalten. Besonders das Treiben der schwarzen Truppen in Deutschland erregt denn doch in der ganzen Welt, nicht zum wenigsten auch in Amerika, den tiefsten Unwillen bei allen, denen noch ein Funken von menschlichem Gefühl geblieben ist. Die Franzosen hatten ihre schwarzen Brüder einst zum Krieg begeistert mit dem Versprechen, daß sie in Deutschland hausen dürften, wie es ihrer Veranlagung entspreche, namentlich stehen ihnen die weißen Frauen zur Verfügung. Dieses Versprechen wollen die Schwarzen und Braunen, die noch in Europa sind, jetzt eingelöst wissen. Sie weigern sich, in die afrikanische Heimat zurückzulehren und wenn Frankreich sie nicht im eigenen Land befriedigen will, so muß man sie eben auf die Deutschen loslassen. Möge Lloyd George, mögen aber auch die Deutschen und die ganze Kulturwelt nicht vergessen, daß die „schwarze Pest“ im linksrheinischen besetzten Gebiet immer noch ihr Wesen treibt. Fast wie ein schlechter Witz hört es sich an, wenn das Pariser Blatt „Temps“, das mit Millerand Beziehungen hat, schreibt, Frankreich werde sich von Deutschland auch noch die „Kosten“ der Besetzung des Main-gaus in Höhe von rund 70 Millionen Mark bezahllen lassen.

Millerand hat sich seine „Nachgiebigkeit“ in Hythe übrigens sehr teuer abkaufen lassen. Nach den durch das halbamtliche französische Nachrichtenbureau Havas verbreiteten und von Millerand in Gesprächen mit Zeitungsvertretern bestätigten Mitteilungen soll Deutschland eine Kriegsschädigung von 120 Milliarden Goldmark oder 1200 Milliarden Papiermark auferlegt werden, wovon auf Frankreich allein 66 Milliarden Goldmark, zahlbar in 30 Jahren, kommen. Bei dieser wahnwitzigen Forderung hat es aber keineswegs sein Bewenden; bessern sich die Verhältnisse in Deutschland, so soll späterhin die Kriegsschädigung entsprechend erhöht werden, denn, so meint Herr Millerand, es sei nur billig, daß die Verbündeten von der Besserung der Lage Deutschlands auch ihren Nutzen haben. Die Franzosen möchten auch eine Rückversicherung haben für den Fall, daß die deutsche Valuta weiter steigen und die französische weiter fallen würde, wodurch die Deutschen bei der Kriegsschädigung „zu günstig“ wegkommen und sie selber Einbuße erleiden könnten. Je fleißiger also das deutsche Volk sein wird und je mehr es sich anstrengt, um so größer soll die Last sein, die man ihm auferlegt. Das deutsche Volk soll, mit anderen Worten, nach französischem Willen niemals mehr aus dem Glend, aus der Knechtschaft der Entente herauskommen.

Weil aber Frankreich, das selber in höchsten Geldnöten steckt und vor dem Zusammenbruch steht, schleunigst viel Geld braucht, kam man in Hythe auf einen besonders schlaunen Gedanken. Deutschland soll gezwungen werden, eine Anleihe aufzunehmen, die von Deutschland, den Verbündeten und wahrscheinlich auch den Neutralen geborgt würde und die als Pfand für die Kriegsschädigung dienen soll. Aus dieser Anleihe soll Frankreich sofort einige Milliarden in Gold erhalten, nachdem bisher schon 33 Milliarden von Deutschland an Frankreich teils in bar, teils in Lieferungen von Kohlen, Vieh, Eisenbahn- und Kriegsmaterial und anderen Dingen geleistet sind. Die internationale Anleihe würde aber für Deutschland und Europa die Lage nur verschärfen. Deutschland wäre zur Abtragung dieser Schuld unter allen Umständen verpflichtet und unser Zusammenbruch — aber nicht nur der unsrige — wäre unvermeidlich.

Während nun in England sich Stimmen erheben, daß die Kriegsschädigung zu hoch gegriffen sei, da Deutschland sie unmöglich werde erfüllen können, ist man

in Frankreich noch lange nicht damit zufrieden. Herr Poincaré, der Vater des Kriegs, der nach Ablauf seiner Präsidentschaft bekanntlich zum Vorsitzenden der famosen „Wiedergutmachungskommission“ ernannt wurde, hat in seinem Antritt über die „ungerechtfertigte Milde gegen Deutschland“ den Vorsitz niedergelegt.

Die Konferenz in Spa, die am 25. Mai stattfinden sollte, ist, wie von englischer Seite gesagt wurde, mit Rücksicht auf die deutschen Vertreter bzw. die Reichstagswahlen verschoben worden, es werden aber wohl auch andere und für die Gegenseite wichtigere Gründe mitgesprochen haben. Herr Millerand unterließ es jedoch nicht, nochmals hervorzuheben, daß die deutschen Vertreter, die allenfalls berufen werden, keine andere Rolle zu spielen haben werden als bei den sogenannten Friedensverhandlungen in Versailles. Sie sollen einem Verhör unterzogen werden und im übrigen haben sie den Spruch des Obersten Rats hinzunehmen, wie er ihnen gegeben wird. Es ist aber noch die Frage, ob die deutsche Regierung sich diese ihr zuge dachte Rolle gefallen lassen wird.

In einigen deutschen Ländern haben bereits Landtagswahlen stattgefunden. In dem neugeborenen „Freistaat“ Danzig, der ja leider nach Verbandswillkür vom Reich abgetrennt ist, der aber geistig doch mit ihm verbunden bleibt, haben die Polen eine vernichtende Niederlage erlitten. Innerhalb der deutschen Parteien hat sich hier, wie auch bei den Wahlen in Braunschweig und Mecklenburg-Strelitz, die Erscheinung wiederholt, die man auch in der letzten Zeit bei Gemeindevahlen allenthalben beobachtet: daß die Oppositionsparteien von rechts und links starken Zuzug erhielten auf Kosten der Koalitionsparteien mit Ausnahme des Zentrums, das seinen früheren Stand so ziemlich überall behauptete. In Mecklenburg-Strelitz haben die Sozialdemokraten ihre seitherige absolute Mehrheit an die bürgerlichen Parteien verloren, in Braunschweig aber ist vor allem der starke Gewinn der Unabhängigen auf Kosten der Mehrheitssozialdemokratie bemerkenswert. Zum ersten Mal wurde auch ein Kommunist gewählt.

Die Schweiz hat nach hartem Kampfe durch Volksabstimmung am 16. Mai sich endlich für den Beitritt zum Völkerbund entschieden. Rund 41000 Stimmen waren dafür, 32000 dagegen. Für den Völkerbund war vor allem die französische Westschweiz, die Gegner teilten sich in zwei Lager. Die National-schweizer unter Führung des Generals Wille, des Führers des schweizerischen Volkheers, verwahrten sich dagegen, daß die Jahrhunderte alte Überlieferung der Schweiz, ihre Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität preisgegeben und daß die Schweiz zum Völkerbund herabsinkt, ihre Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität preisgegeben werden solle. Viele Deutschschweizer großen der Entente wegen des Schwachsinnens von Versailles. Die radikalen Sozialisten aber waren gegen den Völkerbund, weil er ein Bünd der Kapitalisten sei; sie verlangten einen Revolutionärbund in bolschewistischem Sinn. Der Bundespräsident Motta hielt in vielen Städten des Landes Reden für den Beitritt und er suchte die bittere Pille mit der Begründung schmackhafter zu machen, daß der Schweiz keine andere Wahl bleibe. Die Schweiz werde im Völkerbund für die Aufnahme der Mittelmächte, namentlich Oesterreichs — Wot o ist bekanntlich kein Freund Deutschlands — bemüht sein und sehen, ob an den harten Friedensbedingungen sich etwas ändern lasse; die Verbündeten haben der Schweiz die Ehre erwiesen, den Sitz des Völkerbunds nach Genf zu verlegen usw. Die Sache ist jetzt entschieden. Das eine ist aber sicher: die alte Freiheit und Neutralität der Schweiz ist dahin.

Der Vorstoß der Polen ins südliche Rußland ist nach der Besetzung der Hauptstädte der Ukraine, Kiew, ins Stocken geraten. Die Bolschewisten haben ihre Südfront eifrig verstärkt und werden voraussichtlich die Polen zu einer Entscheidungsschlacht zwingen. Die Lage des polnischen Heeres, das unter französischer Führung stehen soll — dem Namen nach führt der unerfahrene Pilsudski den Oberbefehl — kann recht gefährlich werden, zumal inzwischen die Bolschewisten an der Nordfront, südlich der Duna, die Polen zurückgeworfen haben.



Eine Kabinettskrise.

In der Vormittags-Sitzung der Nationalversammlung am 20. Mai brachten die Unabhängigen einen Antrag ein, den Ausnahmezustand im ganzen Reich sofort aufzuheben. Der Antrag wurde, nachdem der Mehrheitssozialist Lohse für ihn eingetreten war, angenommen, obgleich der Reichsminister des Innern Koch erklärt hatte, der Antrag sei in seiner Allgemeinheit für die Regierung unannehmbar. Der Beschluß kam durch den Zufall zustande, daß die bürgerlichen Fraktionen, die dagegen stimmten, nur schwach vertreten waren und daß von ihnen veräußert wurde, vor der Abstimmung die Beschlußfähigkeit des Hauses anzuzweifeln. Dies hätte nämlich ergeben, daß die Nationalversammlung nicht beschlußfähig sei. Bei der dem Antrag folgenden Abstimmung über die Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Braß (Unabh.) wegen Landesverrats wurde die Tatsache dann auch sofort festgestellt.

Nach dem parlamentarischen Brauch müßte nun die Reichsregierung zurücktreten, umso mehr als Minister Koch (Dem.) entschlossen war, aus der Abstimmung eine Kabinettskrise zu machen. Reichspräsident Ebert berief nach Schluß der Nachmittags-Sitzung einen Kabinettsrat ein, in dem die demokratischen Mitglieder, wie die Berliner Blätter melden, darauf drängen, daß auch die sozialdemokratischen Minister wenigstens für die Beibehaltung einer milderen Form des Belagerungszustands eintreten, denn gerade bei den bevorstehenden Wahlen würde es gefährlich sein, den Ausnahmezustand ganz aufzuheben. Das Kabinettsrat einigte sich dahin, daß der Belagerungszustand nur in Gegenden, die nicht besetzt sind, beibehalten, aber auch da möglichst milde gehalten werden sollte.

Darauf traten die Fraktionen der demokratischen und der Zentrumspartei zusammen.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 21. Mai.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.55 Uhr. Auf Anfrage von Frau Grünberg (Soz.) wird regierungsfest erklärt die Schaffung eines einheitlichen Hausangestelltenrechts in Deutschland sei in Aussicht genommen. Auf Anfrage Jaeger (Soz.) wegen Sprengungen an der Rheinbrücke in Tübingen durch die Belgier wird regierungsfest geantwortet, daß Vorstellungen wegen Einstellung der Sprengungen erhoben worden sind, über deren Erfolg noch nichts gesagt werden kann.

Reichsminister Koch: Die Reichsregierung ist gestern durch Beschluß der Nationalversammlung ersucht worden, den Ausnahmezustand aufzuheben. Die Regierung hat die Frage gestern einer vorläufigen Prüfung unterzogen. Sie hat in den letzten Tagen Nachrichten erhalten, die auf rechtsextremes Verhalten hinweisen. Auch die Anstaltskrisen in Göttingen sind im Auge gefaßt. Es ist noch nicht entschieden, ob die Ausnahmezustand noch nicht aufgehoben werden, ebenso nicht in Gotha, wo der gefährliche Zustand erst durch die Wahlen am 30. Mai hergestellt werden soll. In Bayern sind Erleichterungen geplant. Während der Wahlen soll volle Versammlungs- und Pressefreiheit gewährt werden. Die endgültige Prüfung im Lauf der Woche wird ergehen, ob weitere Erleichterungen möglich sind.

Abg. Henke (U.S.P.): Diese Auslegung unseres gestrigen Beschlusses ist ein gütiger Bruch der Verfassung. Wir beantragen, daß die Nationalversammlung der Regierung das Vertrauen entzieht.

Reichsminister Koch: Von einem Verfassungsbruch kann keine Rede sein. In Gotha liegt ein Verfassungsbruch der Unabhängigen vor. Wir sind bereit, mit der bayerischen Regierung wegen weiterer Erleichterungen zu verhandeln.

Präsident Fehrenbach: Der Antrag des Abg. Henke hat nur 13 Unterschriften; es müssen 15 sein. Die Unterschriften reichen nicht aus.

Es folgt die 3. Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und betreffend die Stellung der Heeresstrafverfolgung.

Abg. v. Götze (D.nat. Vp.) beantragt die Absehung von der Tagesordnung.

Abg. Lohse (S.) beantragt namentliche Abstimmung. (Die Platte ist sehr stark besetzt, die Mitte des Hauses weniger, die Rechte ist fast leer.)

Anwesend sind 211 Mitglieder. Zur Beschlußfähigkeit sind 212 nötig. Die Abstimmung ist unmöglich.

Präsident Fehrenbach beraumt die nächste Sitzung auf 1/2 12 Uhr an.

Rundgebung des Reichspräsidenten.

Der Präsident verleiht eine Rundgebung des Reichspräsidenten: Die Tagung der Nationalversammlung sei reich gewesen an Arbeit und an Leiden. Es sei dem Reichspräsidenten Ehre und Pflicht, dafür zu danken. Die Anwesenheit eines ganzen Volkes

Pfingsten.

Sind es Funken, die sich trunken
Winden von den Sternen los?
Sind es Flammen, welche stammen
Aus der ew'gen Liebe Schoß?

Die sich hassen, alle fassen
Jeder nun des andern Hand
Ketten brachen, die der Sprachen
Alter Zauber feindlich band.

Fern ist keines, all' in Eines
Fließet aller Jünger Tun.
Sich erreichen und vergleichen
Will so Süd als Norden nun.

Was die Herzen wie mit Schmerzen
So mit Wonne an sich reißt,
Lichterform, Lichtgeboren,
Das ist Gottes heil'ger Geist.

Feuerzungen, die erklingen
Einst im frohen Lebensnuit,
Schlagt, ihr Flammen, all zusammen,
Werbet eine große Gut!

Mag von Schenkendorf.

Pfingstgebräuche.

Pfingsten, das liebliche Fest ist gekommen. In seinem Matensinn erweckt es die Erinnerung an die großen Wunderschöne der Vorzeit. Und wie uns an Ostern die Auferstehung und mit Pfingsten die Ausbreitung des heiligen

Geistes den neuen Verhältnissen angepaßt werden müssen, worauf sich dann seine Geschichte aufbauen werde. Alles sei noch im Fluß. Die deutsche Revolution sei noch nicht abgeschlossen. Grundfesten in das Chaos hineinzubauen, sei die Arbeit der Abgeordneten gemein. Man werde ihrer in Treue als der ersten Arbeiter am Bau gedenken, wenn einst dessen Richtfest gefeiert werde. Die geistigen Waffen seien die einzig erlaubten im bevorstehenden Wahlkampf. Der Weg der Gesehmäßigkeit sei der einzige, der aufwärts führe.

Reichsminister Koch: Der Friedensschluß hat die schlimmsten Verwundungen vom Reich abgemandt. Die Bestimmungen des Friedensvertrags werden noch lange die Richtlinien für unsere politische Arbeit geben. Die Treue gegen alle, soweit die deutsche Junge klingt, haben wir gewahrt. Selten hat ein Parlament so unter dem Zwang einer verunkelten Epoche gelitten. Der Tag der gerechten Anerkennung Ihrer Leistungen wird kommen. Europa kann ohne Deutschland nicht sein. Es ist höchste Zeit, daß diese Wahrheit in Europa Allgemeingut wird.

Abg. v. Pauer (D.D.P.) spricht dem Präsidenten den Dank des Hauses aus.
Präsident Fehrenbach: Es sei nicht immer leicht, die Geschäfte zu leiten, doch sei er bestrebt gewesen, absolute Gerechtigkeit walten zu lassen. Die Presse habe der Tätigkeit des Hauses eine mühevolle Arbeit gemeldet. Dem Senior des Hauses Abg. Pauer gebe er die herzlichsten Wünsche in die schwebende Heimat mit. Die Geschichte werde die Tätigkeit der Nationalversammlung würdigen, sie habe nur zum Besten des deutschen Volks gearbeitet. Möge das deutsche Volk sich in Arbeit und Tucht zusammenfinden. Zu hoffen sei die Vereinigung mit den getrennten Stammesbrüdern in Oesterreich. (Beifall.)

Damit schließt der Präsident die Nationalversammlung.

Neues vom Tage.

Roske Abwicklungs-Kommissar?

Berlin, 21. Mai. Wie die „Tägl. Rundschau“ berichtet, soll der frühere Reichswehrminister Roske ausersuchen sein, den Abbau der Abwicklungsstellen des alten Heers durchzuführen.

Wohnungszuschuß und Gebäudeabgabe.

Berlin, 21. Mai. Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung stimmte einem Regierungsantrag zu, für Reichsbarleben zur Schaffung neuer Wohnungen außer den bereits bewilligten 200 Millionen weitere 450 Millionen auszuwerfen. Die gesamte Aufwendung von 650 Millionen soll durch Abgaben von bebauten Grundstücken bis 1925 wieder gedeckt werden.

Der Bolschewismus in Frankreich.

Paris, 21. Mai. Bei einem Eisenbahner wurden Pläne zur Errichtung von bolschewistischen Räten gefunden. Bei Reisenden aus Rußland fand man Beweise, daß der Streik in Frankreich das Werk der Bolschewistenführer in Rußland ist.

Unterstützung der Iren durch die englischen Hafnarbeiter.

London, 21. Mai. Die englischen Hafnarbeiter haben beschlossen, kein Kriegsmaterial zu verladen, das die englische Regierung nach Irland sendet. Die irischen Arbeiter werden solches Material nicht ausladen.

Anschlag auf einen Eisenbahnzug.

Mailand, 21. Mai. Bei Rescuiotta, Linie Lugano—Pontebba, wurde eine Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt, nachdem eben der Schnellzug Udine—Wien die Brücke überfahren hatte.

Der Wettbewerb um das Erdöl.

Washington, 21. Mai. Ein Bericht Wilsons an den Senat lenkt den Blick auf die Tatsache, daß England sich bemühe, von der Erdölförderung von Amerika sich frei zu machen und die Erdölschätze der Welt in seinen Besitz zu bekommen. Auf die Vorstellungen der Vereinigten Staaten habe die englische Regierung versprochen, die amerikanischen Interessen künftig nicht mehr zu beeinträchtigen.

Paris, 21. Mai. Nach der „Chicago Tribune“ soll der amerikanische Botschafter in Paris, Wallace, den Austrag erhalten haben, einen Teil der mesopotamischen Ölquellen bei Mosul für Amerika zu beanspruchen. Der „New York Herald“ berichtet, Amerikaner, die in Mesopotamien nach Erdölquellen suchten, seien von den englischen Behörden ausgewiesen worden. Das amerikanische Staatsamt habe dagegen Widerspruch erhoben.

Rom, 21. Mai. Der Papst empfing Balfour und den Generalsekretär des Völkerbundsrats.

Einberufung des Reichstags.

Berlin, 21. Mai. Wie verlautet, will die Reichsregierung den am 6. Juni zu wählenden Reichstag auf 16. Juni einberufen mit Rücksicht auf die Konferenz in Spa, die nach bisher vorliegenden Nachrichten am 21. Juni zusammentreten soll.

Berlin, 21. Mai. Die Reichsregierung hat den deutschen Kommissar in der Grenzfestungskommission für das Saargebiet, Oberst von Rylander, angewiesen, die Mitarbeit in der Kommission bis auf weiteres einzustellen, da die Kommission auf Antrag des französischen Mitglieds entgegen dem Friedensvertrag beschließen sollte, über die Verwaltungsgrenze hinausgehende weitere Gebiete in das Saargebiet einzubeziehen.

Ein dänischer Anspruch abgelehnt.

Berlin, 21. Mai. Der dänische Gesandte in Paris teilte dem Ministerium in Kopenhagen mit, daß die Botschafterkonferenz den Vorschlag Claudels, die vier Kirchspiele der zweiten Zone in Nordschleswig Dänemark zuzusprechen, abgelehnt und den Vorschlag Marlings angenommen habe, wonach die Südgrenze der Clausenischen Linie folgen soll.

Die Kinder des Mittelstands.

Berlin, 21. Mai. Auf eine Beschwerde der Unabhängigen in Spandau gegen die angebliche Bevorzugung von Schülern höherer Lehranstalten bei den amerikanischen Schulspeisungen erwiderte der Bürgermeister, die von den zuständigen Ärzten nach den Bestimmungen der amerikanischen Kommission vorgenommenen Untersuchungen hätten ergeben, daß ganz bedeutend mehr Kinder der höheren Lehranstalten unterernährt seien, als Kinder der Volksschulen. Der Arbeiter könne bedeutend mehr für seine Kinder tun als der Mittelstand.

Der Hamburger Versteckbrief beendet.

Hamburg, 21. Mai. Im Streit auf den Hamburger Bersten hat das unter dem Vorsitz des Kommissars des Reichsarbeitsministeriums am 20. Mai zusammengetretene Schiedsgericht einen Spruch gefällt, den beide Parteien angenommen haben. Die Arbeit der Angestellten und Arbeiter wird darauf am Freitag, den 21. Mai wieder aufgenommen.

Ohne Elektrizität.

Mannheim, 21. Mai. Die Arbeiter der pfälzischen Ueberlandzentrale in Homburg haben am Mittwoch mit der Arbeit niedergelegt. Die Pfalz ist ohne Elektrizität.

Streik in München.

München, 21. Mai. In der gestrigen Versammlung des Aktionsausschusses der Münchner Betriebsräte wurde eine Entschlieung angenommen, die die bayerische Regierung auffordert, innerhalb 24 Stunden nachstehende Forderungen anzunehmen: Aufhebung des Verbots der sozialistischen Presse, Sicherung der Redefreiheit, Freilassung aller vom Volk aufgestellten Bewerber zu den gewählten Körperschaften. Die Entschlieung läßt durchblicken, daß gegebenenfalls gestreift wird.

Die Wirtschaftskonferenz in Paris.

Berlin, 21. Mai. Die Meldung eines Blatts, daß der Reichslohlenkommissar mit mehreren Beamten in der vergangenen Woche in Paris geweilt habe, wird in der „Deutschen Allgem. Zeitung“ bestritten. Endgültige Abmachungen konnten noch nicht getroffen werden, da von französischer Seite erklärt wurde, daß die letzte Entscheidung dem Obersten Rat und der Wiedergutmachungskommission überlassen werden müsse.

Paris, 21. Mai. Gestern nachmittag haben im französischen Handelsministerium die deutsch-französischen Wirtschaftsbefragungen begonnen. Sodann traten die beiderseitigen Sachverständigen zu Einzelbesprechungen zusammen. Vier tagen augenblicklich Vertreter wirtschaftlicher Verbände aus Amerika, England, Frankreich, Italien und Belgien, um einen Kongress des Welthandels vorzubereiten, der von 20. bis 26. Juni in Paris stattfinden soll. Zu diesem Kongress sollen später auch die Neutralen, sowie die Mittelmächte zugelassen werden.

Paris, 21. Mai. Wie der „Temps“ mitteilt, hat Joubert Kenntnis davon gegeben, daß die gewerk-

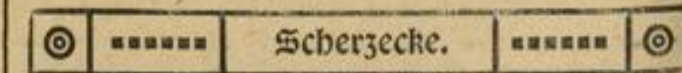
gen Geistes mitten hinein in das Leben des Heilandes führt, so gemahnt uns auch in der Natur Alles im Auferstehung und neues vertieftes Leben. Schon am Himmelfahrtstage zieht das Landvolk hinaus auf die Berge und sucht heilkräftige Kräuter und es schmücken die Mädchen Stube und Stall mit Kränzen und weißen und roten Blumen, die erst im nächsten Jahr abgenommen, im Aulse stehen, von Haus und Vieh die Bligefahr abzuwenden.

Im Pfingstfeste lebet in zahlreichen Spielen und Sitten der Gedanke an den Wechsel der Jahreszeiten wieder, die vielerorts im Gegenjage zu den Festen der Winter- und Sommerjonnennende, welche zumeist heidnische Sitten im Volke wachzuhalten suchten, diese geradezu zerstören wollen, so das Werfen nach dem Malzeichen, das Anrennen gegen den Schild der Rolandsfüße, das Türkenstechen, das Vogelschießen usw. In den katholischen Gemeinden Süddeutschlands tragen die Pfingstfestlichkeiten daher ausgesprochenen kirchlichen Charakter; so werden die Fluren unter Mitführung einer Reliquie vom heiligen Kreuze oder der großen Kirchenfahne umritten, um den Segen des Himmels für die Fluren zu erlösen und das Wetter zu segnen. Kleinere Gemeinden tun dasselbe im sog. Gsch- oder Wittgang.

Daß das Jungvolk zum Ernst der Handlung auch die Kurzweil will, ist nur zu natürlich. Die Festlichkeiten, welche die Jugend zur Pfingstzeit feiert, erinnern in manchem an die Feste, die unsere Altvordern begingen. Die Gedanken der Aelteren aber und auch die untrigen

sind ernstere Natur, sie sehen im Geiste das unsichtbare Walten Gottes, wie er das Korn, welches im vorigen Herbst in die Erde gelegt wurde, aus dem Grabe rief und es zum ährentragenden Palm werden läßt, uns in diesen schweren Zeiten vor dem Aergsten zu bewahren. Wir denken aber auch daran, daß wir mit Gottes Hilfe wieder ein Pfingsten erleben dürfen und möchten Allen ins Herz pflanzen:

Wer nicht im Kleinsten und geringsten
Etwas von Gottes Hauch verspürt,
Für den gibt es kein Fest der Pfingsten,
Auch wenn sich Erd' und Himmel rühret.



Scherzecke.

Wahrheiten.

Die Lüge verbunkelt, aber die Wahrheit leuchtet; die Lüge lächelt, wo die Wahrheit weinet.

Das Weiß, das man liebt, entzückt uns durch ihr Schmelzen. Das Weiß, das man nicht liebt, erheitert uns durch ihre Freundlichkeit nicht.

Es ist besser, mit gutem Willen etwas zu schnell tun, als untätig bleiben.

„Mehr Bekannte.“

„Ich möchte lieber in die Hölle als in den Himmel kommen.“ sagte Dr. Ernst Feiler, naturwissenschaftler im Scherze. Man fragte ihn um die Ursache. — „Weil man da mehr Bekannte findet.“ war die Antwort.



Wahlaufruf der Württ. Bürgerpartei

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!

Im Juli 1917 haben sich Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum zu einem Block zusammengeschlossen. Seit dieser Zeit regieren diese drei Parteien tatsächlich das Deutsche Reich. Seit Oktober 1917 stellen sie die Reichskanzler und ihre Stellvertreter, die Novemberrevolution von 1918 wirft ihnen die volle Verfügung über die Regierungsgewalt in den Schoß. Durch unsinnige Versprechungen haben sie damals einen großen Teil des Volkes auf ihre Seite gebracht, und den Einfluß der Rechtsparteien, die schon vorher in der Minderheit gewesen sind, vollkommen ausgeschaltet. Die Regierungsparteien tragen also die volle und alleinige Verantwortung für die deutsche Politik.

Haben diese Parteien gegenüber dem deutschen Volke auch nur eine ihrer Versprechungen erfüllen können? Haben wir:

- Einen Frieden des Rechts und der Versöhnung?
- Den Fortschritt der Menschlichkeit und Gerechtigkeit?
- Ordnung, Freiheit, Brot?
- Einen bisher nie gekannten Zustand der Freiheit und Wohlfahrt des gesamten Volkes?

Das gerade Gegenteil von alledem ist eingetreten! Folgendes sind die Ergebnisse der Regierung dieser drei Parteien:

1. Die Vermürbung der deutschen Front durch revolutionäre Umtriebe und Erwedung falscher Vorstellungen von einem Wilson-Frieden der Gerechtigkeit und Versöhnung.
2. Die Revolution vom 9. Nov. 1918; in ihrem Gefolge fast unaufhörliche, blutige Bürgerkämpfe.
3. Erbärmliche Selbstbezüglichungen der deutschen Regierung — die schmachvollen Verhandlungen vor dem Berliner Untersuchungsausschuß — die wärdelose Preisgabe unserer Farben schwarz-weiß-rot.
4. Der Schandfriede von Versailles.
5. Die Verwüstung der deutschen Arbeitskraft durch Bekämpfung der Arbeiter und gewissenlose Streiks. Die Verminderung der deutschen Arbeitsleistung durch den unterschiedslosen Achtundentag.
6. Daher Rohstoffmangel — Kohlennot — Verkehrsnot — Hungersnot.
7. Unverantwortliche Verschleuderung öffentlichen Gutes. Eine leichtfertige Notenpressenwirtschaft. Ungeheuerliche Verschuldung des Reichs: 197 Milliarden Reichsschulden, 13 Milliarden Jahresdefizit der Verkehrsanstalten.
8. Gewaltige Vermehrung des Beamtenheeres; Einstellung von Parteimännern an Stelle von geschulten Beamten. Korruption auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.
9. Allmacht eines Mannes wie Erzberger, der durch den Helfferich-Prozess aufs schwerste bloßgestellt, vom Reichskanzler Bauer gegen das Urteil eines deutschen Gerichts in Schutz genommen wird.
10. Zunehmende Unsicherheit von Leib, Leben und Eigentum — Verwahrlosung der Jugend.
11. Eine unerträgliche Vorherrschaft des Judentums in Verwaltung und Wirtschaft.
12. Überhandnehmen des Schiebertums, des Wuchers und der Spekulationslust.

13. Auslauf Deutschlands durch Schieberungen ins Ausland; Ergussweise von Berlin u. dergl. im Besitz von Milikarden.

14. Einzelne Verschwendungssucht der Schieberkette neben höchster Notlage des Mittelstandes, der Beamten und gekümmerten Arbeiter.

15. Als Folge der Miswirtschaft der Regierung, ihrer Unfähigkeit und ihrer Verfassungsverletzungen (Einausschleppung der Wahl des Reichspräsidenten und des Reichstags) der Rapp-putsch in Berlin.

16. Die verbrecherische Generalkriegsproklamation der Regierung und der Deutschen demokratischen Partei, das Signal zu schweren Unruhen im Ruhrgebiet.

17. Der Einmarsch der Franzosen in Deutschland. Die Preisgabe der Einwohnerwehren.

Solch ungeheuerliche Zustände sind nur möglich bei einem Regierungssystem, bei dem nicht das Wohl des Volkes, sondern das Interesse der Partei maßgebend ist.

Anstatt nun dem betrogenen deutschen Volke die Wahrheit zu bekennen und zu gestehen:

Wir haben uns geirrt, als wir dem Volke gesagt haben, der Krieg gelte dem alten System und dem Militarismus, denn er geht in Wahrheit dem ganzen deutschen Volke und seiner Wirtschaftskraft.

Wir haben uns geirrt, als wir die große Lüge der Völkerverständigung und des Völkerbundes glaubten.

Wir haben uns geirrt, als wir verkündeten: Sozialismus ist Arbeit.

Wir haben uns selbst getäuscht, als wir glaubten, wir könnten ein großes Volk regieren, denn wir sind, wie die Tatsachen schreien, dazu vollständig unfähig.

Statt dessen ging man nur von dem einen Gedanken aus, sich selbst möglichst lange am Regiment zu erhalten. Mit allen Mitteln hat man die Wahlen hinausgezögert. Erst der Staatsstreich von Rapp und Böttlich hat die Regierung veranlaßt, dem Volke die acht Monate lang vorenthaltene Möglichkeit zu geben, sein Wahlrecht auszuüben.

Freilich hofft man jetzt, die lange gesuchte Wahlparole gefunden zu haben, mit der man die mächtig aufstrebenden Rechtsparteien niederzuhalten glaubt:

Kampf gegen die Reaktion von rechts!

Aber dieses Schlagwort ist eine Lüge. Die Rechtsparteien haben, wie die Regierung selbst zugegeben hat, mit dem Rapp-putsch nichts zu tun. Sie weisen den Gedanken einer gewaltsamen Reaktion weit von sich, denn sie wollen ihre Ziele nur auf gesetzmäßigem Wege erreichen.

Dieses Schlagwort ist aber auch ein

Verbrechen am Deutschen Volke.

Wenn längst ist der Bolschewismus zur Weltgefahr geworden.

Die russischen Bolschewisten erklären nobellich:

„Die Revolution blutet nicht mit ihren Feinden, sie zerschmettert sie. Ihr Ziel ist, die Bourgeoisie völlig zu erwürgen. Die Interessen der Revolution fordern die physische Vernichtung der Bourgeoisie. Man kann voraussehen, daß in Deutschland der Massenkampf außerordentlich erbittert sein wird. Nur durch einen Bürgerkrieg und die eiserne Diktatur der Arbeiter können wir zur kommunistischen Produktion gelangen. Die Zukunft wird eine jahrelange Periode revolutionärer Kriege zwischen den proletarischen und imperialistischen Staaten bilden.“

Innerer und äußerer Bolschewismus sind also miteinander verbandelt. Was wir bei seinem Siege zu erwarten hätten, zeigte die Hinrichtung von Zehntausenden von Bürgern und anständigen Arbeitern in Rußland, das zeigen die Morde in Budapest und München, das zeigen die blutigen Gräueltaten der wettierten Röcher im Ruhrgebiet. Wenn nicht alle gesundgebliebenen Kräfte des deutschen Volkes sich zur Abwehr zusammenschließen, so ist das deutsche Volk verloren. In dieser Erkenntnis der schrecklichen Gefahr sehen wir der demokratischen Wahlparole, die die Selbstzerfleischung bedeutet, den anderen Rat entgegen:

Sammlung aller erhaltenden Kräfte des deutschen Volkes zur Abwehr des Bolschewismus und Bildung einer starken, tatkräftigen und sachverständigen Regierung, die das Volk zur Einheit zusammenschließt und jede einseitige Parteipolitik ablehnt.

Im einzelnen bemerken wir:

Der nationale Gedanke, den wir als Grundlage jedes wirklichen Wiederaufbaus pflegen, fordert von den Parteien, daß sie die Sicherheit des Reichs über alle innerpolitischen Ziele stellen. Das werden wir tun. Wir erwarten aber von der Regierung eine feste, würdige Außenpolitik und energisches Auftreten gegenüber allen weiteren Annäherungen der Feinde. Der Schutz unserer Landesteile im Ausland und in den losgerissenen Gebieten muß ihre besondere Sorge sein.

Wir kämpfen an gegen alles, was das deutsche Volkstum zersetzt, von welcher Seite es auch kommen mag. Wir wollen die Gleichberechtigung aller Volksteile und bekämpfen deshalb die Vorherrschaft des Judentums, die wir mit der Ehre und dem Gedeihen des deutschen Volkes für nicht vereinbar halten. Alle Hege verurteilen wir. Die Massenwanderung Bolschewisten, insbesondere der Döjden, muß verhindert werden.

Um Deutschland zu regieren, sind die besten Fachmänner und Köpfe gerade gut genug. Minister, die ihr Amt nur der Parteizugehörigkeit verdanken, lehnen wir ab. Jedem Versuch einer Klasse, offen oder verdeckt eine Diktatur der Willkür aufzurichten, werden wir den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Wir verlangen eine unbedingt ehrliche, sachgemäße und sparsame Verwaltung und Schutz des Büchertandes vor Beeinflussung und Verunglimpfung.

Wir wollen durch strengste Sparsamkeit in allen öffentlichen Ausgaben und eine gerechte Veranlagung der Steuern, die die Lebensnotwendigkeiten von Industrie, Handel und Mittelstand berücksichtigt, die Steuerlast erträglich gestalten.

Um die Arbeitsleistung zu steigern, wollen wir den Arbeitstag nach den Bedürfnissen der einzelnen Gewerbe festsetzen. Für das Handwerk muß der Achtstundentag aufgehoben werden. Wir verlangen Abbau der Gewerbesteuerunterstützung auf das unbedingt notwendige Maß.

Die industriellen Betriebe müssen gegen Übergriffe der Betriebsräte gesichert werden. Industrie, Mittelstand und Landwirtschaft wollen wir gegen unbedachte Sozialisierungsmassnahmen schützen.

Wir verlangen die freie Wirtschaft in Grenzen des Gemeinwohls. Auflösung der vererbten Kriegsgesellschaften; rücksichtslose Bekämpfung von Bucher- und Schieberläsen. Massnahmen gegen Lurus und Proflitterei.

Wir fordern ein Wirtschaftsparlament auf berufswirtschaftlicher Grundlage, das allein imstande ist, die wirtschaftlichen Fragen sachlich zu lösen.

Wir verlangen wirksamen Schutz von Leben und Eigentum durch eine ausreichende, straff organisierte, staatslicher Leitung unterstehende Polizeitruppe und Verbeibaltung der erprobten Einwohnerwehren.

Wir wollen ein im sozialen Geist ausgestaltetes, nach einheitlichem Plane aufgebautes Schulwesen. Wir wollen aber der Schule ihren christlichen Geist bewahren und treten deshalb ein für Verbeibaltung der Konfessionsschule.

Das religiöse Leben muß mit allen Mitteln geschützt werden. Wir verlangen daher Anerkennung der religiösen Gemeinschaften und strengste Gleichberechtigung der Beamtenliste unter sorgfältiger Schonung ihrer Eigenart in Glaubensleben, Ritus und Verfassung.

Wir verlangen den weiteren Ausbau der Arbeit der Frauen an der Lösung sozialer und kultureller Aufgaben.

Wir wollen eine sorgfältige Förderung der Volkswohlfahrt und Volksgesundheit, insbesondere durch zweckmäßige Abhilfe gegen die Wohnungsnot, durch Schaffung von Heimstätten und innere Kolonisation.

Wir beklagen die Kollage der geistigen Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Beamtenschaft, die infolge der Geldentwertung eingetreten ist, und verlangen wirksame staatliche Massregeln zur Hebung dieses Mißstandes.

Für die Opfer des Krieges, für Witwen und Waisen ist an die Grenze des Möglichen zu sorgen, ist uns vornehmste nationale Pflicht.

Wir wollen nicht gegen und nicht ohne die Arbeiterschaft regieren. Aber wir betonen mit Nachdruck, daß auf die Dauer auch nicht gegen die Bauernschaft regiert werden kann. Zwischen den beiden großen Berufsständen wollen wir die Brücke schlagen durch Erhaltung eines gesunden lebenskräftigen Mittelstandes in Handel, Gewerbe und freien Berufen. — Gegenüber jeder parteipolitischen Verheerung aber wollen wir den alten Gedanken der Volks- und Arbeitsgemeinschaft zu Ehren bringen.

Wie sehr diese Grundsätze den innersten Empfindungen des Volkes entsprechen, zeigt der gewaltige Aufbruch nach rechts, der bereits eingetreten ist. Das Volk findet sich zurück.

Von der Internationale zum Vaterland Von Materialismus zur Religion Von Klassenkampf zum Arbeitsfrieden

Es regen sich schon die Kräfte, die uns des Wiederaufbaus des Reiches bringen werden.

Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Wenn ihr diese Kräfte stärken wollt, wenn ihr wollt, daß eine Politik der Vernunft und der Tatkraft getrieben wird, so gebt eure Stimme der starken Partei der Ordnung.

Wählt Württembergische Bürgerpartei!

Sp. Deutsche Arbeiter in Stuttgart

schäftliche Internationale beim Ministerpräsidenten Millerand gegen die Strafverfolgung gegen den französischen Gewerkschaftsbund Einspruch erhoben habe.

Kredit für Oesterreich.

Wien, 20. Mai. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht ein Gespräch mit dem Wiener Korrespondenten des „Temps“. Danach steht eine Kreditgewährung für Oesterreich unmittelbar bevor. Diese Kredite, die von Amerika, Frankreich, der Schweiz, Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark und Argentinien zur Verfügung gestellt werden, werden teils Geldkredite, teils Rohstoffe und Nahrungsmittelkredite sein. Sie sollen auf lange Frist und gegen mäßige Zinsen gegeben werden. Die Verwindung einer besonderen Einnahmequelle wird nicht verlangt. Die Kredite sollen ausschließlich dem Wiederaufbau Oesterreichs gewidmet werden.

Krieg im Osten.

London, 21. Mai. Neuter vernimmt, daß die Bolschewisten im Verlaufe ihrer Operationen gegen die Polen auf einer Front von 40-50 Kilometern um 30 Meilen vorgerückt seien und Lwow und Polesk genommen hätten.

Beendigung des Kriegszustands.

Washington, 21. Mai. (Davas.) Die verbündeten Führer des Repräsentantenhauses haben beschlossen, die vom Senat angenommene Entschlieung, die dem Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten, Deutschland und Oesterreich ein Ende setzt, ebenfalls anzunehmen. Das Haus soll sich am Freitag endgültig zu der Entschlieung äußern.

Widerstand der italienischen Arbeiter gegen die Unterstützung des polnischen Angriffs.

Mailand, 20. Mai. Der „Avanti“ kündigt einen Streik der Elektrizitätsarbeiter an, der wirtschaftliche Ziele verfolgt. Weiter teilt das Blatt mit, daß sich eine in Bologna stattfindende Konferenz von Vertretern der hauptsächlichsten Arbeiterorganisationen mit der Frage beschäftigen wird, wie sich die Befreiung von Kriegsmaterialien usw. nach den Gebieten des Ostens verhindern läßt. Der Allgemeine Arbeiterbund hat bereits angeordnet, daß das Auslaufen von 4 Schiffen aus dem Hafen von Triest nach Rumänien mit Gewalt verhindert wird. In Lino an der schweizerischen Grenze wurden 7 Eisenbahnwagen mit Waren für Polen von den Eisenbahnern angehalten. In Savona weigerten sich die Hafenarbeiter, einen Dampfer mit Explosivstoffen zu beladen, da sie der Ansicht waren, daß diese für den Osten zum Kampf gegen die Bolschewisten bestimmt seien.

Krieg im Osten.

Kopenhagen, 20. Mai. Wie „Berlingske Tidende“ mitteilt, sind die Verhandlungen, die in Moskau zwischen einer litauischen Abordnung und der Sowjetregierung über einen Frieden geführt werden, infolge Erkrankung einiger Mitglieder der litauischen Abordnung ins Stocken geraten.

Lufschiff vernichtet. In St. Etienne wurde ein französisches Marine-Lufschiff unter noch nicht näher bekannten Umständen vernichtet. Die Besatzung soll gerettet sein.

Die Kronenwährung in Nordschleswig.

Berlin, 20. Mai. Nach dem „Berl. Lokalan.“ müssen in Nordschleswig von heute an alle Lebensmittel in Kronen bezahlt werden und kosten den dänischen Höchstpreis. Das Kilo Butter wird demnach 6.35 Kronen oder 50 Mark kosten.

Streikausbreitungen.

Berlin, 20. Mai. Wie der „Lokalan.“ aus Stettin berichtet, kommt aus Arnswalde die Nachricht, daß bei einem Streit zwischen streikenden Landarbeitern und Besitzern in Lemmersdorf ein Landwirt, sowie der Führer der Arbeiter erschossen und 13 Menschen verletzt worden sind. In Pommern zogen streikende Landarbeiter aus, um die Besitzer, die selbst pflichteten, an der Arbeit zu verhindern. Es kam zu blutigen Zusammenstößen.

Berlin, 20. Mai. Heute vormittag sollen sechs große Schiffe mit Lebensmitteln aus Hamburg in verschiedenen Richtungen einlaufen. Es handelt sich um einen großen Transport amerikanischen Ochsenfleisches. Die Lebensmittelschiffe sind unterwegs vier Tage festgelegt, weil sie an der Mündung der Havel in die Elbe von der Streikleitung der Binnenschiffer aufgehalten worden waren. Der Transport hatte eine Wachmannschaft von 25 Sicherheitspolizisten an Bord.

Berlin, 20. Mai. Dem „Berl. Tageblatt“ wird aus Rom gemeldet, daß die Sozialisten in Mailand den früheren französischen Minister Albert Thomas (Soz.), der über den Völkerverbund sprechen wollte, mit wilden Schimpfungen überhäufte und Stühle nach ihm schleuderten.

Verbraucherbund in München.

München, 20. Mai. Dieser Tage hat sich in München ein Allgemeiner Verbraucherbund gebildet, dem bereits 18 Verbände und Vereine mit einer Gesamtzahl von 10000 Mitgliedern beigetreten sind. Der Gedanke des Verbraucherbunds ist vom Gewerkschaftsverein ausgegangen, der auch seine Verwirklichung eingeleitet hat.

Der Abbau auf Helgoland.

London, 20. Mai. Die „Daily Mail“ meldet: Die Beklebung der Werke der Festung Helgoland, die dem Deutschen Reich in 28jähriger Bauzeit 7 Millionen Mark kostete, ist nahezu vollendet. Es sind nunmehr sämtliche 120000 beidseitigen Marinegeschütze errichtet und zerstört worden. Die Entschlissungsarbeiten, die unter Aufsicht einer internationalen Mission vor sich gehen, werden Anfang Juni vollständig beendet sein.

Die flämische Sprache anerkannt.

Brüssel, 20. Mai. Die von der Regierung eingesetzte Sprachenkommission hat das flämische in Flandern die Verwaltungssprache zugestanden. Außerdem bestimmte die Kommission, daß Brüssel eine flämische Stadt ist. In den Provinzen hat der Standpunkt der Flamen siegt.

Baden.

Karlsruhe, 20. Mai. Die alljährlichen landwirtschaftlichen Genossenschaftstagen wurden gestern hier mit der Hauptversammlung der landw. Genossenschaftskasse und dem 36. Verbandstag der landw. Kreditgenossenschaften eingeleitet. Hierzu waren 579 Vertreter von 212 Vereinen erschienen. Der bad. Verband umfaßt 476 Vereine, deren Umsatz über 330 Millionen betrug mit einem Gesamtgewinn von 773000 Mk. Die landw. Kreditverbandskasse hat sich günstig entwickelt. Der Umsatz ist von 86,5 Millionen auf 278 Millionen gestiegen und der Reingewinn betrug nahezu 66 Mill. — Die Tagung genehmigte die Rechnung. An 53 Mitglieder wurden Diplome für 25jähr. Mitgliedschaft verliehen.

Anschließend fand nachmittags die 25. Generalversammlung des bad. Molkereiverbands statt, zu der 170 Genossenschaftler erschienen waren. Dem Verband gehören 178 Vereine mit 10566 Einzelmitgliedern an. Der Reingewinn betrug 2752 Mk. Nach der Statistik für 1919 waren rund 11 Mill. Liter Vollmilch an die Molkerei- und Milchabgabegenossenschaften abgeliefert worden gegen 17,3 Mill. Liter im Jahr 1918. Rund 7 Mill. Liter wurden als Vollmilch an die Städte abgegeben und 6 1/2 Mill. Liter zu Butter verarbeitet. Bei den Neuwahlen des Vorstands und des Verbandsausschusses wurden gewählt: Verbandsdirektor Schön-Karlsruhe, Direktor Dr. Müller-Karlsruhe, Bürgermeister Dr. Forstmann-Karlsruhe, Bürgermeister Schemenauer-Bietzen, Staatsrat Engler-Freiburg, Geschäftsführer Roos-Mannheim, Geschäftsführer Leuzt-Karlsruhe, Oekonomierat Sänge-Diersheim, Molkereivorstand Klop-Bermatingen, Molkereiführer G. Fr. Keller-Unterweilten, Landwirt Jakob Mayer 3-Großachsen und Molkereibesitzer Adolf Böllin-Badenweiler. Am Schluß der Tagung entspann sich eine lebhafte Aussprache über die Milchpreise, wobei von den Landwirten bedauert wurde, daß die Regierung den Milchpreis auf 1.20 Mk. und nicht auf 1.50 Mk. festgesetzt hatte.

Karlsruhe, 20. Mai. Beim Ueberstreiten der elektr. Bahngleise wurde der erst kürzlich aus jahrelanger französischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrte 31jährige Lederarbeiter Heim. Frieß überfahren und getötet.

Schwetzingen, 20. Mai. Der Bierstreik, den das Gewerkschaftsamt infolge der hohen Bierpreise verhängt hat, ist noch nicht beendet. Verhandlungen sind gescheitert.

Kehl, 20. Mai. Die Festsetzung des Milchpreises auf 1.20 Mk. statt 1.50 Mk. hat unter den Landwirten des Hanauerlands eine solche Erbitterung hervorgerufen, daß sie in den Milchstreik eintraten. Statt 3000 Liter Milch täglich wurden nur 200 Liter nach Kehl geliefert, wodurch es nicht einmal möglich war, die Kinder zu versorgen. Die Stadtverwaltung bewilligte daraufhin, das Einverständnis der Regierung voraussetzend, den Landwirten einen Erzeugerpreis von 1.50 Mk. worauf der Streik sein Ende fand. Wie man hört, ist die Regierung mit der Haltung des hiesigen Bürgermeisters nicht einverstanden.

Freiburg, 20. Mai. Der hier wohnende General der Artillerie a. D. von Gallwitz, Ehrenbürger der Stadt und Ehrenviktor der hiesigen Universität, ist auf die Reichstagsliste der deutschen Volkspartei gesetzt worden.

Waldbühl, 20. Mai. Das Schöffengericht verurteilte den Techniker Kirner von Konstanz wegen Tabaksmuggels zu 4000 Mk. Geldstrafe, den Emil Käßle von Steinach und den Hans Majerowicz von Gengenbach wegen des gleichen Vergehens zu 3200 Mk. bzw. 4750 Mark Geldstrafe.

Bettmaringen (Wei Waldbühl), 20. Mai. Durch Feuer ist das Haus der Witwe D. Balle vollständig zerstört worden. Außer dem gesamten Inventar sind auch 2500 Mk. Bargeld verbrannt. Nur der Viehstand wurde gerettet.

Württemberg.

Stuttgart, 20. Mai. (Verbot öffentlicher Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel.) Das Ministerium des Innern weist in einer Bekanntmachung darauf hin, daß Versammlungen unter freiem Himmel, Umzüge und ähnliche Kundgebungen innerhalb bewohnter Ortschaften in sämtlichen Gemeinden Württembergs nach wie vor verboten sind. Zuwiderhandelnde machen sich strafbar. Die Polizeibehörden sind angewiesen, mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln etwa beabsichtigte Veranstaltungen dieser Art zu verhindern.

Stuttgart, 20. Mai. (Kein Tiergarten.) Die Staatsfinanzverwaltung wird keinen Pfäh, sei es im Wilhelmpark oder anderswo, für die Einrichtung eines Tiergartens im gegenwärtigen Zeitpunkt zur Verfügung stellen.

Stuttgart, 20. Mai. (Das Pfarrbesoldungsgesetz.) Der neue Pfarrbesoldungsentwurf beantragt, ohne der späteren Regelung vorzugreifen, den Aufwand für die Aufbesserung der evang. und kath. Geistlichen für 1920 auf die Staatskasse zu übernehmen. Die Gehalte der evang. Geistlichen bewegen sich zwischen 7600 und 12600 Mk., dazu kommen die Orts-, Kinder- und Teuerungszuschläge unter Anrechnung der Dienstwohnung und Nebenbezüge. Die gehobenen Stellen sind dem Beamtenbesoldungsgesetz angepaßt. Der Aufwand für die evang. Geistlichen wird 16 Millionen Mk. betragen, wovon 4,7 Mill. Mk. durch die kirchliche Besoldungskasse gedeckt werden. Die kath. Geistlichen erhalten Gehalte von 7-10000 Mk. ohne Anrechnung der Stofgebühren. Der Aufwand beträgt rund 10 Millionen Mk. ohne die Witwenrenten. Die Zahl der kath. Pfarrstellen Württembergs ist im Verhältnis zur Bevölkerungszahl 1 1/2 mal so groß als die der evangelischen.

Stuttgart, 20. Mai. (Rundgebung.) Trotz der Bekanntmachung des Ministeriums des Innern veranfaßten heute die Unabhängigen eine öffentliche Kundgebung

gegen die „internationale Verschönerung gegen Sowjet-Rußland“ und gegen die Brotsteuerung.

Stuttgart, 20. Mai. (Schwurgericht.) Der 19 Jahre alte Maschinenarbeiter Otto Wieland und der gleichaltrige Kupferschmied Karl Nühle hatten in der Nacht zum 1. Februar ein von Zussenhausen nach Kornwäheim gehendes Mädchen überfallen und vergewaltigt. Wieland wurde zu 1 Jahr, Nühle zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon je 3 Monate Untersuchungshaft abgehen.

Keltern, 20. Mai. (Arbeitsruhe an Fronleichnam.) In den Fahrzeugwerken wurde abgestimmt, ob am Fronleichnamsfest gearbeitet werden soll oder nicht. 130 Stimmen wurden für und über 300 Stimmen gegen die Arbeit abgegeben.

Neuenbürg, 20. Mai. (Besitzwechsel.) Die hiesige Kunstmühle Schneepfing mit allem Zubehör um 1 Million Mark an die Stadt über, die u. a. ein zweites Elektrizitätswerk einrichten will.

Schorndorf, 20. Mai. (Silbergau.) Nachdem kürzlich in Ludwigsburg der Schillerberg des Schwäb. Zäugerbunds gegründet wurde, soll nun von den Gemeinden des Remsgaus ein Silbergau gebildet werden. Die Gründung selbst soll in Schnait, dem Geburtsort Silbers, vor sich gehen.

Großgartach, 20. Mai. (Schweres Leid.) Die kwermtüchtige älteste Tochter des im vorigen Jahr verstorbenen Pfarrers Dr. Gmelin wurde erkrankt angetroffen. Die Familie hat in den letzten 5 Jahren den Vater und 4 Söhne, davon 2 im Krieg, verloren.

Altshausen, 20. Mai. (Im Kloster.) Dieser Tage wurde im Benediktinerkloster der Beuroner Kongregation „St. Hildegard“ in Ebingen bei Hildesheim am Rhein die Herzogin Maria Theresia von Württemberg unter dem Namen Frau Maria Benedikta eingeleitet. Ihr in das Kloster Beuron eingetretener Bruder trägt als Novize den Namen Frater Edo.

Friedrich August Georg von Sachsen, der frühere Kronprinz, hat sich an der theologischen Fakultät der Universität Tübingen eingeschrieben, um Priester zu werden. Sein Onkel, Prinz Max von Sachsen, ein Bruder des früheren Königs, ist bekanntlich schon katholischer Priester.

Letzte Nachrichten.

Treugelöbniß der Pfälzer.

Epyer, 21. Mai. In der gestrigen ersten Sitzung des neu gewählten pfälzischen Kreistags wurde folgender Antrag zum Beschluß erhoben: Der Kreisstag mißt die erste Gelegenheit, um vereint dem Treugelöbniß zu Bayern und dem Reich Ausdruck zu verleihen. Er weist sich in diesen Gefühlen vollkommen eins mit dem gesamten pfälzischen Volk.

Gegen die schwarze Schmach.

Stockholm, 21. Mai. Der Friedensbund schwedischer Frauen hat zusammen mit der Vereinigung Weibes Band vom Völkerverbund die Zurückziehung der farbigen Truppen verlangt.

Berlin, 21. Mai. Von zuständiger Stelle erfahren wir: Die französische Behauptung, daß die gelben Truppen im besetzten Gebiet französische Bürger seien, ist unrichtig. Im übrigen sind unter den farbigen französischen Truppen Schwarze (Negers), Braune (Nordafrikaner: Algerier, Tunesier, Marokkaner), Gelbe (Annamiten, Tonchinesen, chinesische Arbeitstruppen) zu verstehen. Im besetzten deutschen Gebiet liegen u. a. an Regentruppen die Senegalschützenregimenter 10 und 11 in Mainz und Worms, ein madagassisches Jägerregiment in Ludwigsbafen, Epyer und Germersheim, braune nordafrikanische Truppen, etwa 6 Schützenregimenter, verteilt auf das ganze besetzte Rheinland.

Gesetz für Streitabstimmung.

Paris, 21. Mai. Der Abg. Henry-Rovain hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem zukünftig Streiks nur erlaubt sein sollen, wenn alle interessierten Arbeiter, auch die nicht gewerkschaftlich organisierten, sich in geheimer Abstimmung mit absoluter Mehrheit für den Ausstand erklären. Alle 8 Tage soll sodann eine Abstimmung stattfinden, um festzustellen, ob der Streik fortgesetzt oder abgebrochen werden soll.

Aus der Heimat.

Wildbad, 22. Mai.

Kurkonzerte. An den beiden Pfingstfesttagen finden außer den Konzerten in der Trinkhalle, in den Anlagen und auf dem Kurplatz Abendkonzerte (mit Restauration) im Kurfaal statt. Beginn jeweils abends 8 1/2 Uhr. Am Dienstag fallen die Musikaufführungen der Kapelle aus.

Wildbad, 22. Mai. (Sport an Pfingsten.) Morgen Pfingst-Sonntag nachmittag bietet sich den Wildbader Sportfreunden ein hochinteressanter Sportgenuß. Der Karlsruher Fußballverein, der z. Z. über erfolgreiche spielforte Mannschaften verfügt, wird sich zu einem Freundschaftsspiel hier einfinden. Es wird ein äußerst spannendes Spiel zu erwarten sein, da wohl auch die hies. Mannschaft gegen einen solchen Gegner sich ehrenvoll zeigen wird. Beginn: 1/4 Uhr. Vorausgeh. spielt die 1. Mannsch. F.-Cl. Arnbad gegen die 2. Mannsch. des hies. Fußb.-Vereins. Am Pfingstmontag mittag um 3 Uhr spielt die infolge eines Ausflugs in hiesiger Stadt weilende Fußball-Mannschaft des Turnv. Hedelfingen mit der 1. Mannsch. des hies. Fußb.-Vereins. Vorausgehend spielt die 2. Mannsch. Arnbad gegen 3. Mannsch. Wildbad. — Für Fahrtgelegenheit auf den idyllisch im Enztal gelegenen Sportplatz Lautenhof ist bereits Anordnung getroffen. Abfahrt per Auto am Pfingstsonntag um 1/2 2 Uhr, Pfingstmontag um 1 Uhr am Katharinenstift; Hin- und Rückfahrt 2 Mark.

Hinweis. Wir verweisen unsere Leser auf den unserer heutigen Nummer beigelegten Wahlausruf der Württ. Bürgerpartei, in dem die Stellung der Partei zu den großen politischen Fragen und ihre Forderungen für die weitere Arbeit der Parlamente dargelegt sind.

Wildbad.
Sitzung des Gemeinderats

am Mittwoch, den 26. Mai 1920,
nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Armensachen.
2. Besuch der Bewohner von Sprollenhaus und Nonnenmühl um einen Beitrag zu dem durch das Gewitter vom 13. Mai auf ihren Grundstücken angerichteten Schaden.
3. Wohnungsfürsorge.
4. Besuch der Lehrer der Realschule um Bezahlung der Turn- und Spielstunden als Ueberstunden.
5. Verschiedenes.

Allgemeine Ortskrankenkasse Neuenbürg.

Bekanntmachung.

Nach einer Verordnung der Reichsregierung vom 30. April ds. Js. Reichsgesetzblatt Seite 771 ist die Versicherungsgrenze für Angestellte in gehobener Stellung auf 15000 Mark Jahreseinkommen erhöht worden. Die Arbeitgeber, welche solche Angestellte beschäftigen, werden aufgefordert, dieselben unverzüglich zu unserer Kasse anzumelden, oder den Nachweis zu erbringen, daß Letztere Mitglied einer Ersatzkasse sind.

Neuenbürg, den 21. Mai 1920.

Verwalter: Edelmann.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zum Neu- u. Erweiterungsbau der mechan. Werkstätten des Herrn Herrn. Prof. in Calmbach habe ich im Auftrag nachstehende Arbeiten zu vergeben:

Grab- Beton- u. Maurerarbeiten, Zimmer-, Flächner-, Schreiner-, Glaser-, Gipser-, Schlosser- und Malerarbeiten.

Kostenanschläge und Bedingungen hierzu liegen auf meinem Büro vom Samstag, den 22. Mai bis Dienstag, den 25. Mai abends 6 Uhr zur Einsicht auf, woselbst auch die Offerten bis zum 26. Mai mittags 12 Uhr einzureichen sind.

Die Bauleitung:
Ernst Hutzenlaub,
Architekt,
Wildbad, Villa Zeppelin.

Geschäfts - Eröffnung.

Der verehrl. Einwohnerschaft von Wildbad und Umgebung zur Nachricht, dass ich in meinem Hause, **Straubenberg Nr. 48,** eine

Limonade- und Mineralwasserhandlung

eröffnet habe, und bitte um geneigten Zuspruch. Kisten- und flaschenweise Abgabe an Hotels, Gasthäuser und Private.

Gleichzeitig bringe ich meine **Gemüsehandlung** in empfehlende Erinnerung.

Wilhelm Eitel.

Verein ehemal. Soldaten u. Kriegsteilnehmer Wildbad.

Die Krieger-Erholungsheime in Herrenalb und Heiligkreuztal sind seit 20. Mai wieder geöffnet. Aufnahmen finden auf die Dauer von je 14 Tagen in erster Linie württembergische Kriegsteilnehmer, vorzugsweise Kriegsbeschädigte und ehemalige Kriegsgefangenen, ohne Unterschied, ob sie dem würtbg. Kriegerbund zugehören oder nicht. Nähere Auskunft erteilt unser Vorstand **August Bestle.**

Cigarren-, Cigaretten-, Tabak-Lager en gros

CHR. SCHMID & SOHN
- Tabakwarengrosshandlung -

Lagerbesichtigung ohne Kaufzwang gerne gestattet.
Billigste Preise.

Familien-Drucksachen

liefert in feinsten Ausführung die **Buchdruckerei des Wildbader Badbiatt.**

**Johanna Marquardt
Wilhelm Riexinger**

grüßen als Verlobte.

Rotfelden/Wildbad

Wildbad

Pfingsten 1920.

**Luise Volz
Gustav Riexinger**

Wildbad, Pfingsten 1920.

STATT KARTEN!

**FRIDEL GOLLWITZ
HUGO DOBERNEK**

VERLOBTE

VORBACHZIMMERN
MERGENTHEIM

WILDBAD

PFINGSTEN 1920.

Neuenbürg.

**Grösseres Quantum
1918er Oberingelheimer
Rotwein,**

vorzügliche Qualität, (auch zu Verschnitt geeignet) hat preiswert abzugeben

Emil Meisel,
Weinhandlung.

Proben stehen zu Diensten.

**Kohlraben-,
Angersen- und
Mangold-
Setzlinge**

hat abzugeben.

Robert Stirner.

Neues Fahrrad

(Corona) ist wegen Entbehrlichkeit zu verkaufen.

Näheres Rennbachstraße 196
Villa Elsa.

Der Grasertrag

von etwa 2 Morgen Baumwiesen ist auf ein oder mehrere Jahre zu verpachten.

Blockhaus Schmid,
am Badwald.

Für Weltschläger
ersten Ranges suchen wir über-
siedelnde Vertreter,
Händler auch Frauen.
Ehrende Anwartschaft.
Einahme 20.000 Mark.
Großversandh. S. GRUNZIG
STUTTGART-FELDBACH 21

Rheumatismus

Geben kostenfr. Auskunft wie Sie in 8-10 Tagen davon befreit werden.

P. Bensch, Karlsruhe
i. B., Seminarstraße 7.
Rückporto erbeten.

Früh eingetroffen:

Orangen und Zitronen
(größeres Quantum)

Feigen, Bananen, Kirichen usw.

bei **R. Chierogato**

**Tägl. abends 8 1/2 Uhr
Kabarett-
Vorstellung**

(Alte Linde)

Vorverkauf: Buchhandlung
Tritter, König-Karl-Str.
Außerdem nimmt Billetbestellungen telefonisch (52)
Gasthaus 'Alte Linde' an.

LIEDERKRANZ

Heute Abend im Lokal.
Der Vorstand.

**Turn-Verein
Wildbad.**

Heute abend 8 Uhr
Singstunde

im Hotel Moisch (Bierausch.)
Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Der Vorstand.

3 Gaslampen,

darunter eine Zuglampe nebst einigen Ersatzteilen, hat zu verkaufen.

Näheres **Villa Charlotte,**
Barterre.

Einen eichenen
Tisch,

Größe 110/75 hat abzugeben
Gottlob Mayer,
Schreinermeister.

60000 Mk.

sind auf I. eventl. auch auf II. Hypothek zu 4 1/2 % auszuliehen, auf einen od. mehr. Posten.

Offerten **B. A. 261** an die Exped. ds. Blattes.

Herren-Hemden 38 Mark,
Unterhosen 28 Mk., Socken Paar 13 Mk., Frauenstümpfe Paar 12 Mk., Knaben-Trikot-Hemden St. 25 u. 29 Mk

Porto extra Nachn. Gute Ware.
M. Grossmann, München, 197 C
Baderstr. 1.

Karotten, Wirling, Blumenkohl,

eingemachte **Preiselbeeren,**

zu haben bei

Bender, b. d. Bergbahn.

-- **Hotel Weil** --
**Pfingst-Sonntag
Eröffnung**

**Pfingst-Sonntag
Eröffnung**
der „Rosenau“.

A. Fuß, früher „Jägerstübli“.

- Torf! -

Rohtorf, trocken p. Ztr. Mk. 6.50
Brenntorf, " " " " 9.00
Preßtorf, beste Qual. " " " " 15.00

in tiefschwarzer, schwerer und trockener Ware, einzigstes, markenfreies und billigstes reines Material für Hausbrand, Zentralheizung und Kesselfeuerung in Wagenladungen von 400 Ztr. oder Kahnladungen von 3000 Ztr., ab pommerischer oder märkischer Station, Lieferung sofort, bietet an
Karl Schneider, Bremen, Keplerstr. 7.

Fußball-Verein Wildbad.
Mitgl. d. V. S. F.

Morgen Pfingstsonntag

Wettbewerb
K.F.V. Karlsruhe

Beginn 3 1/2 Uhr Sportplatz Gauthof

Abfahrt: 1.30 Uhr per Auto am Katharinenstift.

Sprollenhaus.

Pfingst-Sonntag

eröffne ich die früher Frau Wöffinger gehörige

Bäckerei mit Café

und lade Jederman freundlichst hierzu ein.

Karl Volz.

Kath. Gottesdienst. Pfingstsonntag, den 23. Mai. 7 Uhr Frühmesse, 9 1/2 Uhr Predigt und Hochamt, 2 Uhr Andacht. Pfingstmontag, den 24. Mai, 10 Uhr Amt. Dienstag und Freitag Abend 6 1/2 Uhr Maiandacht, an den Werktagen 7 Uhr heil. Messe. Beicht: Samstag von 4 Uhr an. Kommunion: Sonntag 7 und 8 Uhr, an den Werktagen bei der heil. Messe.